

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Fremdenverkehr und Tourismus (21. Ausschuß)

zu der Unterrichtung durch das Europäische Parlament
– Drucksache 13/8615 Nr. 1.8 –

Entschließung des Europäischen Parlaments zum Fremdenverkehr

A. Problem

Nach Auffassung des Europäischen Parlamentes sollte der Fremdenverkehr in seiner europäischen Dimension eine eigenständige Gemeinschaftspolitik mit einem speziellen Kapitel im revidierten Vertrag darstellen. Das Europäische Parlament hat deshalb die niederländische Präsidentschaft aufgefordert, der Regierungskonferenz einen entsprechenden Vorschlag zu unterbreiten. Darüber hinaus fordert das Europäische Parlament die Kommission auf, ihren Vorschlag zum PHILOXENIA-Programm gemäß den vom Parlament vorgelegten Änderungen weiter abzuändern und dem Rat zu unterbreiten. Der Rat wird aufgefordert, den Kommissionsvorschlag in der vom Parlament geänderten Fassung unverzüglich anzunehmen.

B. Lösung

Aufforderung an die Bundesregierung, in Kenntnis der Unterrichtung durch das Europäische Parlament sich weiter dafür einzusetzen, daß der EU keine Gemeinschaftskompetenz für die Tourismuspolitik übertragen werden soll.

Mehrheitsentscheidung

C. Alternativen

Kenntnisnahme der Unterrichtung.

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich in Kenntnis der Unterrichtung des Europäischen Parlamentes – Anlage – weiter dafür einzusetzen, daß der EU keine eigenständige Zuständigkeit für die Tourismuspolitik übertragen wird.

Bonn, den 12. Februar 1998

Der Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus

Halo Saibold

Vorsitzende und Berichterstatterin

Dr. Rolf Olderog

Berichterstatter

Brunhilde Irber

Berichterstatterin

Dr. Olaf Feldmann

Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dr. Rolf Olderog, Brunhilde Irber, Halo Saibold und Dr. Olaf Feldmann

Die Unterrichtung durch das Europäische Parlament – Entschließung des Europäischen Parlamentes zum Fremdenverkehr – EuB-EP 289 (Anlage) – vom 12. Juni 1997 wurde gemäß § 93 Abs. 1 GO auf Drucksache 13/8615 Nr. 1.8 vom 29. September 1997 an den Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus federführend und an den Ausschuß für Wirtschaft zur Mitberatung überwiesen.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat die Vorlage in seiner 69. Sitzung am 12. November 1997 zur Kenntnis genommen.

Der Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus hat die Entschließung des Europäischen Parlamentes in seiner 62. Sitzung am 14. Januar 1998 abschließend beraten.

Die Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. sprachen sich dafür aus, die Bundesregierung aufzufordern, sich weiterhin dafür einzusetzen, der EU keine eigenständige Zuständigkeit für den Tourismus zu übertragen. Entgegen den Vorstellungen des Europäischen Parlamentes solle der Tourismus nicht als Gemeinschaftspolitik in ein spezielles Kapitel des Vertrages aufgenommen werden. Vielmehr solle sich die EU auf ihre Aufgaben konzentrieren und nicht versuchen, eine Tourismuskompetenz an sich zu ziehen. Es sei wichtig, die Vorlage nicht nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern

auch die ablehnende Position hierzu deutlich zu machen.

Die Mitglieder der Fraktion der SPD betonten, daß die Entschließung durch die Regierungskonferenz in Amsterdam und durch den Tourismusministerrat im November 1997 überholt sei. Die Fraktion der SPD stehe einer Gemeinschaftskompetenz im Bereich des Tourismus skeptisch gegenüber. Gleichwohl könne sie die Ablehnung des überarbeiteten Programms „PHILOXENIA“ durch die Koalition weder politisch noch ökonomisch verstehen. Berechtigt sei die Forderung des Europäischen Parlamentes nach besserer Koordination der Gemeinschaftspolitik mit Tourismusbezug und nach mehr Transparenz und Effizienz im Tätigkeitsbereich der Generaldirektion XXIII. Die Fraktion der SPD schlage Kenntnisnahme der Vorlage vor.

Auch das Mitglied der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bezeichnete die Entschließung des Europäischen Parlamentes zum Fremdenverkehr als überholt und schlug ebenfalls Kenntnisnahme vor.

Die Beschlußempfehlung des Ausschusses für Fremdenverkehr und Tourismus wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimme des Mitgliedes der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der SPD und bei Abwesenheit des Mitglieds der Gruppe der PDS gefaßt.

Bonn, den 12. Februar 1998

Dr. Rolf Olderog

Berichterstatter

Brunhilde Irber

Berichterstatterin

Halo Saibold

Berichterstatterin

Dr. Olaf Feldmann

Berichterstatter

Anlage

EUROPÄISCHES PARLAMENT
SITZUNGSPERIODE 1997–1998

AUSZUG
AUS DEM PROTOKOLL
DER SITZUNG VOM

12. JUNI 1997

VORSITZ : Nicole FONTAINE, Vizepräsident

Fremdenverkehr

B4-0459, 0461, 0462 und 0465/97

Entschließung zum Fremdenverkehr

Das Europäische Parlament,

- unter Hinweis auf seine Entschließungen vom 17. Mai 1995 zur Funktionsweise des Vertrags über die Europäische Union im Hinblick auf die Regierungskonferenz 1996 - Verwirklichung und Entwicklung der Union⁽¹⁾ und vom 13. März 1996 mit (i) der Stellungnahme des Europäischen Parlaments zur Einberufung der Regierungskonferenz und (ii) zur Bewertung der Arbeiten der Reflexionsgruppe und Festlegung der politischen Prioritäten des Europäischen Parlaments im Hinblick auf die Regierungskonferenz⁽²⁾,
 - unter Hinweis auf seine Stellungnahme vom 25. Oktober 1996 zu dem Vorschlag für einen Beschluß des Rates - Erstes Mehrjahresprogramm zur Förderung des europäischen Tourismus "PHILOXENIA" (1997-2000)⁽³⁾,
 - in Kenntnis des geänderten Vorschlags der Kommission (KOM(96)0635)⁽⁴⁾,
 - unter Hinweis auf die endgültige Feststellung des Haushaltsplans der Europäischen Union für 1997⁽⁵⁾,
 - unter Hinweis auf seine Entschließung vom 16. Januar 1997 zu dem allgemeinen Rahmen für einen Entwurf zur Revision der Verträge⁽⁶⁾,
- A. angesichts der Bedeutung einer europäischen Fremdenverkehrspolitik im Kontext des Binnenmarktes,
- B. in der Erwägung, daß die niederländische Präsidentschaft in ihren Vorlagen für die Regierungskonferenz seine in der obengenannten Entschließung vom 16. Januar 1997 enthaltenen Empfehlungen, daß der Fremdenverkehr in seiner europäischen Dimension im revidierten Vertrag den Rang einer eigenständigen Gemeinschaftspolitik erhalten sollte, noch nicht einbezogen hat,
- C. in der Erwägung, daß der Kommissionsvorschlag für ein erstes Mehrjahresprogramm zur Förderung des europäischen Tourismus "Philoxenia" (1997-2000) durch Verbesserung von Qualität und Wettbewerbsfähigkeit in diesem Sektor zweifellos zu Wachstum und Beschäftigung beitragen kann,
- D. in der Erwägung, daß die Weigerung, das Philoxenia-Programm anzunehmen, weder politisch noch sozioökonomisch einleuchtend ist, insbesondere angesichts der Tatsache, daß im Haushaltsplan der Europäischen Union für 1997 in der Haushaltslinie B5-325 (gemeinschaftliche

⁽¹⁾ ABl. C 151 vom 19.06.1995, S. 56.

⁽²⁾ ABl. C 96 vom 01.04.1996, S. 77.

⁽³⁾ ABl. C 347 vom 18.11.1996, S. 430.

⁽⁴⁾ ABl. C 13 vom 14.01.1997, S. 11.

⁽⁵⁾ ABl. L 44 vom 14.02.1997.

⁽⁶⁾ ABl. C 33 vom 03.02.1997, S. 66.

Fremdenverkehrspolitik) 4 Mio. ECU an Verpflichtungen und 4,75 Mio. ECU an Zahlungen aufgeführt sind,

1. bekräftigt erneut seine in der obengenannten Entschließung vom 16. Januar 1997 zum Ausdruck gebrachte Ansicht, daß der Fremdenverkehr in seiner europäischen Dimension eine eigenständige und ausreichend differenzierte Gemeinschaftspolitik mit einer Rechtsgrundlage und einem speziellen Kapitel im revidierten Vertrag darstellen sollte; bedauert es, daß dieser Gesichtspunkt bisher nicht in die Verhandlungen zwischen den Mitgliedstaaten über eine Revision des Vertrages Eingang gefunden hat;
2. fordert deshalb die derzeitige niederländische Präsidentschaft im Lichte seiner obengenannten Entschließungen vom 17. Mai 1995 und 13. März 1996 auf, der Regierungskonferenz unverzüglich einen diesbezüglichen Vorschlag zu unterbreiten;
3. fordert die Kommission auf, ihren Vorschlag zum Philoxenia-Programm weiter abzuändern und dabei den vom Parlament in seiner diesbezüglichen Stellungnahme vorgelegten Änderungen ernsthaft Rechnung zu tragen; fordert die Kommission ferner auf, den revidierten Vorschlag dem Rat zu unterbreiten;
4. fordert daher den Rat auf, den Kommissionsvorschlag in der vom Parlament geänderten Fassung unverzüglich anzunehmen;
5. fordert die Kommission mit Nachdruck auf, eine Übertragung von Mitteln im Rahmen des Haushaltsplans 1997 aus der Haushaltslinie B5-325 zu vermeiden, da diese Linie voll ausgeschöpft werden muß, um das Philoxenia-Programm zu finanzieren; fordert die Kommission ferner auf, eine Politik für den Fremdenverkehr auf europäischer Ebene auszuarbeiten;
6. fordert die Kommission vor dem Hintergrund der in der Fremdenverkehrsindustrie gebotenen Möglichkeiten zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Förderung wirtschaftlicher Aktivität auf, die Tätigkeiten der GD XXIII auf allen Ebenen der Entscheidungsprozesse in der Kommission zu koordinieren, um die Transparenz zu erhöhen und das Erscheinungsbild nach außen zu verbessern;
7. bedauert, daß die niederländische Präsidentschaft keine Tagung des Rates der Fremdenverkehrsminister einberufen hat; appelliert an die luxemburgische Präsidentschaft, gemeinsam mit der Kommission eine solche Ratstagung anzuberaumen;
8. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat, der Kommission, dem Wirtschafts- und Sozialausschuß, dem Ausschuß der Regionen sowie den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten zu übermitteln.

